



- Dr. Ruthemeyer ist nicht nur Provinzbürgermeister, sondern auch Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW.
- Dem neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz sind immer wieder queerfeindliche Äußerungen vorgeworfen worden. Seit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden bemüht er sich sichtlich, diesen Eindruck zu revidieren. Meine Geschichte zeigt nun auf, dass in seiner Heimatregion, einem Kernland der CDU, das er repräsentiert, ein gesellschaftliches Klima und Machtstrukturen herrschen, in denen Politik, Lokalpresse und Justizbehörden über die misogyn und homophob gefärbten Lügen eines CDU- Bürgermeister im Amt und vor Gericht schweigen und ihn so vor politischen und strafrechtlichen Konsequenzen schützen.
- NRW-Ministerpräsident Wüst hat kurz vor der Landtagswahl 2022 im fresh Magazin ein Interview mit der Überschrift „[Wir wollen die Lebenssituation von LSBTIQ\\*-Menschen in NRW verbessern](#)“ gegeben.

Im Interview weist er auf den Aktionsplan „Impulse 2020 – für queeres Leben in NRW“ hin. Dort heißt es:

**„Die Landesregierung zeigt keinerlei Toleranz gegenüber denjenigen, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminieren.“**

Kurz nach der gewonnenen Wiederwahl ließ er sich als queerfreundlich feiern, als er als erster Ministerpräsident den CSC Köln eröffnete. Und am 31.8.22 sagte er [in seiner Regierungserklärung](#) (ab Min. 19:50): "Diskriminierung und Gewalt gegen queere Menschen treten wir konsequent entgegen und zeigen Null Toleranz gegen alle Formen gruppen-spezifischer Menschenfeindlichkeit."

Und tatsächlich? Die Generalstaatsanwaltschaft ist dem Justizminister weisungsgebunden. Ihr Handeln – der wiederholte Versuch, das Verfahren einzustellen und die Verschleppung des Verfahrens – ist also dem Justizminister und damit der Landesregierung zuzurechnen.

Und Hendrik Wüst fuhr mit seinem Wahlkampfbus [gleich am ersten Tag](#) des Landtagswahlkampfes 2022 ausgerechnet nach Soest und ließ sich dort mit dem Bürgermeister [ablichten](#), wohl wissend um die misogynen und homophoben Lügen des Bürgermeisters und das laufende Strafverfahren.

- Der NRW Familienminister Stamp (bis Juni 2022) veranstaltete kurz vor dem Wahlkampf ein Panel „[Verschwörungstheorien und Queerfeindlichkeit](#)“, in dem es die Tendenz gab, Queerfeindlichkeit dem rechten Rand zuzuordnen, wenn nicht Prof. Dr. Küpper und Johannes Kram vehement darauf beharrt hätten, dass Homophobie auch und gerade ein Problem der gesellschaftlichen Mitte ist.

Meine Geschichte beweist dies, sie geschieht wahrlich in der zentralen Mitte der Gesellschaft, im Herz der demokratischen Institutionen, in der Politik, Presse und Justiz.

- Ich bat auch die Parteispitze in Bund und Land sowie viele Spitzenpolitiker\*innen von Bündnis 90/ Die Grünen in Berlin und Düsseldorf um Hilfe, darunter auch Britta Haßelmann, heute Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Britta Haßelmann ist öffentlichkeitswirksam [für Tessa Ganserer gegen die AfD](#) eingetreten und [hat den Mut der Aktivist\\*innen der Initiative „OutinChurch“ gelobt](#) und hat sich damit zum „ally“ der LGBTIQ+-Community stilisiert.

Kurz nach meiner Bitte um Hilfe fuhr Britta Haßelmann nach Soest, um im Wahlkampf 2020 die dortigen Bürgermeisterkandidatin zu unterstützen.

Unmittelbar nach diesem Besuch veröffentlichte der Soester Ortsverband einen [Post](#) mit der Bürgermeisterkandidatin und einem frisch verheirateten schwulen Paar und feierte die Liebe. Britta Haßelmann - als

einzig, wohlgerichtet – kommentierte diesen Post: „Alles, alles Gute Dir und euch!“

Es spricht deshalb einiges dafür, dass Britta Hasselmann die damalige Bürgermeisterkandidatin zu diesem Post motivierte.

Dieser Post ist reines Pink-Washing einer Bürgermeisterkandidatin, die sich über meine gesamte Amtszeit hinweg durch homophobe, misogynen und rassistischen Äußerungen hervorgetan hat.

Unsere Liebe hat sie nicht gefeiert, sie konnte sich noch nicht einmal dazu durchringen, unsere langjährige Beziehung zu respektieren. Immer wieder drängte sie mich, mein 20 km entfernt liegendes Elternhaus aufzugeben und meinen Wohnsitz innerhalb der Stadtgrenzen zu wählen. Gleichzeitig zeigte sie meiner Lebensgefährtin, wie unerwünscht sie war. Als Vertreterin der Beklagten vor Gericht ließ sie die Ausgrenzung meiner Lebensgefährtin nicht bestreiten, liess diese aber als unbeachtlich für das Arbeitsverhältnis bezeichnen. Letztlich räumte sie damit ein, dass ich mich zwischen meinem Job und meiner Lebensgefährtin hätte entscheiden sollen.

Diese Bürgermeisterkandidatin hatte - wie im Übrigen der Rest der Fraktion - auch meiner fristlose Kündigung zugestimmt mit der Begründung, meine öffentliche Äußerung, dass auch Misogynie und Homophobie bei meiner Nichtwiederwahl eine Rolle gespielt hat, sei eine boshafte, ehrverletzende Beleidigung.

Dass Britta Hasselmann diese Frau pinkwaschte, dass sie also die Täterin schützte und nicht dem Opfer half, disqualifiziert ihre Bemühungen, sich zum „ally“ der queeren Community zu stilisieren, als bloße Heuchelei.

Die Politik von Bündnis 90/ Die Grünen in Soest änderte sich nach diesem Besuch nicht, im Gegenteil: nach der Kommunalwahl 2020 übernahm die Fraktionsvorsitzende (und damalige Bürgermeisterkandidatin) den Vorsitz im Aufsichtsrat der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH und ist seitdem in besonderem Maße für all das verantwortlich, was seitdem geschah, insbesondere auch für die

Lügen aus der Klageerwiderung, die aktuell Gegenstand des Strafverfahrens sind.

- Unter den Spitzenpolitiker\*innen, die ich immer wieder um Hilfe bat, war auch mehrfach Josefine Paul in ihrer Funktion als queerpolitische Sprecherin in der Düsseldorfer Parteispitze. Soweit für mich erkennbar, haben weder die Parteispitzen, noch Josefine Paul irgendetwas unternommen. Jedenfalls sind die Soester Fraktionsmitglieder weiter im Amt und dürfen bis heute ihr misogynen, homophoben und rassistischen Treiben fortsetzen.

Nun wurde die einstige queerpolitische Sprecherin Josefine Paul Integrations- und Gleichstellungsministerin in NRW und setzt flagrant eine [Kampagne auf mit Ihrem Konterfei und dem ebenso wohlfeilen wie eingängigen Slogan: „In NRW ist kein Platz für Queerfeindlichkeit und Rassismus!“](#)

Mein Fall indes beweist, dass in NRW durchaus viel Platz für Homophobie und Rassismus ist und Bündnis 90/ Die Grünen Homophobie und Rassismus in den eigenen Reihen Raum gibt. Man übt sich lieber im Pinkwashing homophober bzw. rassistischer Mitglieder anstatt diese durch Parteiordnungsmaßnahmen zur Verantwortung zu ziehen und damit die Opfer zu schützen. Dies entlarvt die Kampagne der Integrations- und Gleichstellungsministerin Paul als Heuchelei.

Frau Paul ist nun im Amt sogar bereit, sich mit Dr. Ruthemeyer in seiner Funktion als Präsident des NRW Städte- und Gemeindebundes gemeinsam auf ein Foto zu [stellen](#).

Im Mai 2024 nahm sie sogar eine Einladung zum traditionellen Philippsessen des Soester Stadtrates an. Sie ließ sich dort mindestens mit der Soester Fraktion der Grünen [fotografieren](#), darunter auch die Aufsichtsratsvorsitzende und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der WMS, die beide eine erhebliche Mitschuld an all dem tragen, was mir passiert ist. Sie stellt sich damit endgültig an die Seite der Täter\*innen. Ein Foto mit dem Bürgermeister konnte ich nirgends finden. Es gab auch weiter einen Zeitungsbericht, noch finden sich Posts auf ihren Social Media Kanälen.

- Das Urteil des Landgerichts Arnsberg, öffentliche Misogynie- und Homophobievorwürfe seien selbst dann ein fristloser Kündigungsgrund, wenn es sich nicht um üble Nachrede, eine Beleidigung oder Verleumdung handelt, hat mitten in der Metoo-Debatte und den Aktionen „ActOut“ und „OutinChurch“ Signalwirkung an andere, die an ihren Arbeitsstellen ebenfalls Diskriminierung erfahren und die nun noch mehr Mut aufbringen müssen, sich dagegen zu wehren.

Sven Lehmann trat öffentlich für Anastasia Biefang ein, eine trans Frau, die – wie Herr Lehmann selbst – eine offene Ehe führt und ein Profil auf einer Datingplattform unterhält und dafür von ihrem Arbeitgeber, der Bundeswehr, abgemahnt wurde, was vor Gericht bestätigt wurde. Für mich und gegen das Urteil des Landgerichtes Arnsberg aber setzt Herr Lehmann sich – trotz mehrfacher Bitten - nicht ein.

- Am 27. Januar wurde im Bundestag am Holocaust-Gedenktag das erste Mal der queeren Opfer gedacht. Maren Kroymann machte deutlich, dass weibliche Homosexualität nach dem § 175 zwar nicht strafbar war, dass Lesben aber trotzdem nicht davon kamen. Als „kesse Lesbierin“ wurden sie als Asoziale in KZ gebracht und dort ermordet.

Natürlich sind Frauen diskriminiert oder ins KZ gesteckt worden. Pünjer wurde als ‚kesse Lesbierin‘ gelabelt, das finde ich so bezeichnend. Sie hat sich eben nicht einschüchtern lassen und war nicht die Frau, die sagte: Ich ducke mich weg. Sie hatte Selbstbewusstsein und den gesellschaftlichen Zwang, so zu tun, als sei sie als Lesbe nicht vorhanden, hat sie offenbar ignoriert. Das hat die Nazis provoziert, weil sie einfach gemacht hat, was wir uns alle wünschen: Souverän leben und sagen: Klar, das bin ich. Na und? Das hat sie das Leben gekostet.

Maren Kroymann über Mary Pünjer, in taz 27.1.2023

GRÜNE habe sich für diese Gedenkstunde

gefeiert, insbesondere auch Ricarda Lang.

Ricarda Lang @Ricarda\_Lang · Jan 27

Ich kann schwer in Worte fassen, was es bedeutet, dass heute bei der Gedenkstunde zum 27. Januar erstmalig offiziell im Bundestag den queeren Opfern des Nationalsozialismus gedacht wurde.

Wie Klaus Schirdewahn sagte: den Betroffenen wird ein Stück ihrer Würde wieder gegeben.

977 131 1,379 170.5K

Zeitgleich wurde mir gedroht, mir meine Zurechnungsfähig aberkennen und mich unter Betreuung stellen zu lassen. Mir ist klar, dass die Unter-Betreuung-Stellung kein KZ ist. Aber immerhin will man mir meinen Personalausweis, meinen Führerschein, den Zugang zu meinen Konten entziehen, mich von meiner Lebensgefährtin trennen, mich meiner Freiheit berauben und mir die Möglichkeiten nehmen, weiterhin zu behaupten, dass Misogynie, Homophobie und Rassismus eine gewichtige Rolle bei meiner Nichtwiederwahl gespielt haben und dass das Recht gebeugt wurde, um den Bürgermeister und andere (Aufsichts)Ratsmitglieder vor strafrechtlicher Verfolgung und der Übernahme politischer Verantwortung zu schützen.

Ich habe Ricarda Lang an diesem Holocaust-Gedenktag eine Email geschrieben, ihr die Parallelen aufgezeigt, ihr gesagt, wie groß meine Angst ist und sie gebeten, Einfluss auf ihre Soester Parteikolleg\*innen zu nehmen. Erkennbar ist danach nichts geschehen.

- Ich habe mich wiederholt auch an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes und dort zuletzt persönlich an Ferda Ataman gewandt und sie gebeten, informell mit den Verantwortlichen in NRW (Josefine Paul, Dr. Benjamin Limbach) zu sprechen.

Aus ihrem Apparat erhielt ich schließlich u.a. folgende – für mich skandalöse - Antwort:

„Wir möchten keineswegs ausschließen, dass Sie sich diskriminiert fühlen und können auch verstehen, wie belastend das alles für Sie ist.“ Es wurde also nicht nur in Zweifel gezogen, dass ich diskriminiert wurde, sondern sogar, dass ich mich diskriminiert fühle.

Im Übrigen wurde mir erklärt, dass mir die Antidiskriminierungsstelle nicht helfen

könne.

Zuletzt hat Frau Ataman mir sogar ausrichten lassen, dass sie meine Hilferufe in Zukunft nicht mehr beantworten wird: " leider können wir Ihnen, wie in der Antwort vom 04.08.2022 geschrieben, nicht weiterhelfen. Wir bedauern, nicht mehr für Sie tun zu können und bitten um Verständnis, dass wir weitere Eingänge nur noch zur Kenntnis nehmen."

Wenn Bündnis 90/ Die Grünen, die immer wieder betont haben, wie wichtig ihnen die Antidiskriminierungsstelle ist und mit deren Kandidatin die Leitung dieser Stelle besetzt wurde, nicht bereit sind, Diskriminierung in den eigenen Reihen zu bekämpfen, wenn sie misogynen, homophoben und rassistischen Funktionsträger mit vereinten Kräften schützen statt sie mit Parteiordnungsmaßnahmen zu überziehen, wenn sie sogar bereit sein sollten, die Rechtsbeugung fortzusetzen, dann kann die Antidiskriminierungsbeauftragte nicht mehr gegenüber jedem\*r die Stimme erheben, dann werden ihr die Hände gebunden, sie wird unglaublich und so wird aus der unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten ein abhängiges Token. Die Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verdienen aber eine starke und schlagkräftige Antidiskriminierungsbeauftragte, die zu jeder Zeit gegenüber jedem\*r die Stimme erheben und für die Opfer Partei ergreifen kann.

- Als 2022 auf dem CSD in Münster ein trans Mann totgeschlagen wurde, äußerte sich Herbert Reul, der NRW-Innenminister dazu. Daraufhin schrieb ich ihm folgendes:

*„Sie haben sich in den letzten Tagen sehr gegen Homophobie eingesetzt. Homophobie ist aber nicht nur ein Problem der gesellschaftlichen Ränder, sondern auch der Mitte, sogar*

*der demokratischen Institutionen selbst – wie in meinem Fall. Es ist offensichtlich - ich bin nicht von körperlicher Gewalt bedroht, wurde nicht totgeschlagen wie Malte C. und trotzdem ist meine Geschichte ernst: Die misogynen und homophoben Lügen des Soester Bürgermeisters haben mir meinen Ruf, meine Karriere und meine wirtschaftliche Existenz genommen. Ich habe heute in Deutschland keine Chance mehr auf einen Job, verarme und werde schnell auch mein Elternhaus verlieren.“*

Nur wenige Tage später fuhr er nach Soest und [warb](#) dort zusammen mit dem Bürgermeister für eine relativ belanglose, landesweite Aktion, für die er nicht nach Soest hätte fahren müssen. Meine Hoffnung, dass er nach Soest gefahren war, um den Bürgermeister zu drängen, für meinen Fall endlich einen Verhandlungslösung zu suchen, wurde jedoch enttäuscht.

- Kurz vor der Landtagswahl im Juni 2022 hat die Landesregierung bekannt gegeben, Antidiskriminierungsstellen einzurichten, um „niedrigschwellig die Möglichkeit zu bieten, Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu melden und dokumentieren zu lassen.“

Ich aber habe mich vielfach sogar an die höchste Ebene mit der Bitte um Hilfe gewandt, bestenfalls war das ohne Ergebnis.

Da die katholische Kirche es offenbar nicht schafft, die Missstände in ihrem eigenen Haus aufzuklären, wird vielfach gefordert, dass der Staat diese Aufklärung übernehmen soll.

Mein Fall beweist, dass auch die Vertreter des Staates nicht willens und/oder in der Lage sind, die eigenen Missstände aufzuklären.

Ich untersage dem Soester Anzeiger und anderen Vertretern der Presse, den Inhalt dieser website ganz oder auszugsweise, direkt oder indirekt zu zitieren oder in anderer Weise zum Gegenstand seiner Berichterstattung zu machen.